Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 63.

[illegible]

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 254 — Sonnabend, den 30. Oktober 1926 — 21. Jahrgang

Erkelenz über deutsche Innenpolitik.

Dresden, 28. Okt. Abg. **Erkelenz** sprach gestern in einer großen demokratischen Versammlung in Leuben bei Dresden über die Festigung der deutschen Republik.

Man könne heute sagen, die Republik sei als Staatsform gesichert; denn es beginnen schon allerwege Leute aufzutauchen, die gestern noch zu den Gegnern der Republik gehörten, heute aber schon schwören, daß sie immer für die Republik gewesen seien. Wir haben allen Anlaß, uns über diese moralische Eroberungen, die die Republik macht, zu freuen. Und diejenigen Republikaner, die der Meinung sind, sie verlören durch diese moralischen Eroberungen ein Stück ihrer Plattform im Kampf gegen andere, die irren sich sehr. Sie haben zwar ein richtiges Gefühl, aber eine falsche Ansicht.

Wenn die Republik als Staatsform von allen Parteien anerkannt wird, zunächst praktisch und später theoretisch, dann verlieren wir gewiß ein Unterscheidungsmerkmal. Aber die Republik als Staatsform ist ja nicht das Ende aller Dinge und aller Entwicklung. Wenn ein Teil unserer Ideen und unserer Weltanschauung in alle Parteien übergeht, so beginnt für uns die Arbeit, aus unseren Ideen heraus neue Aufgaben zu gestalten. Rein vom Standpunkt der Gegenwart aus gesehen, ist eine dieser Fragen eine neue,

bessere Lösung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern,

eine neue Vertiefung der Kompetenzen, eine stärkere Einheitlichkeit, eine zielbewußte Sparsamkeit, vereinigt mit der Ablehnung jedes Berliner Zentralismus. Eine Frage, die bisher so gut wie gar nicht gelöst ist, ist die Frage der Bauernsiedlung, die Zerbrechung der politischen Macht des Großgrundbesitzes, die nationale Kolonisation besonders im Osten.

Die sozialen Fragen sind in den letzten zehn Jahren etwas in den Hintergrund gedrängt; sie werden wiederkommen. Der Klassenkampf von oben bis unten ist immer noch lebendig. Wir müssen ihn mit unserer

Idee von der Nation, vom Staat und von der Gleichberechtigung aller Bürger

überwinden. Ob die sozialen Gegensätze im Laufe der Zeit wieder zu schärferen Auseinandersetzungen führen, wird vor allen Dingen davon abhängen, inwieweit das deutsche Unternehmertum gewillt ist, die Ideen und die Methoden wahrer Wirtschaftlichkeit durchzusetzen: höchste technische Leistung, höchste Produktivität und andererseits billige Preise und hohe Löhne. Wird dieser Weg zielbewußt beschritten, dann brauchen wir in den nächsten fünfzig Jahren die Verschärfung des Klassenkampfes nicht mehr zu fürchten.

In dieser Hinsicht begrüßte der Redner ausdrücklich die Stellungnahme des Reichsverbandes der Industrie, die in der Silberbergschen Rede zum Ausdruck gekommen sei. Gewiß mache diese eine Rede noch keinen sozialen Frieden. Aber sie zeige doch, daß die Unternehmerschaft seit 1914 vieles gelernt habe, und über jede solche Aeußerung müsse man sich freuen, statt griesgrämig darüber zu kritisieren. Er halte die Zusammenarbeit der Spitzenverbände der Unternehmer und Arbeitnehmer nicht nur für wünschenswert, sondern auch für möglich. Sie wird sich insbesondere darauf zu erstrecken haben, die modernen Produktionsmethoden — aber auch mit ihren sozialen Konsequenzen der herabgesetzten Preise und der erhöhten Löhne — reibungslos durchzuführen. Das Gespenst der gelben Gewerkschaften ängstige ihn nicht. Wer mit der Zukunft im Bunde sei, brauche sich über solche Erscheinungen der Vergangenheit keine grauen Haare wachsen zu lassen.

Eine Entschließung für Wiederherstellung des Achtstundentages.

Berlin, 28. Okt. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände und der Allgemeine Freie Angestelltenbund haben in einer am Donnerstag, den 28. Oktober, abgehaltenen Konferenz folgende Entschließung angenommen:

„Die herrschende Arbeitslosigkeit ist nicht zuletzt in der modernen wirtschaftlichen Entwicklung begründet. Es bedarf daher positiver Maßnahmen, um einen wesentlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit, die zwangsläufig durch die fortschreitende technische und betriebsorganisatorische Vervollkommnung verursacht wird, herbeizuführen. Die unterzeichneten Spitzenverbände erklären, daß es nicht genügt, die Oeffentlichkeit auf den Gegensatz zwischen dem heute herrschenden Ueberstundenwesen und der völligen Arbeitslosigkeit von Millionen hinzuweisen und vor dem System der Arbeitszeitverlängerung zu warnen, sondern daß es gesetzlichen Zwanges bedarf, um die Durchführung des Achtstundentages zu sichern. Die Verkürzung der derzeitigen Arbeitszeit liegt im Zuge der technischen und organisatorischen Entwicklung und ist die Vorbedingung für die Rückführung des Arbeitslosenheeres in die Betriebe.

Die unterzeichneten Spitzenverbände stimmen aber auch darin überein, daß es nicht angeht, sich mit einer späteren Neuregelung der Arbeitszeit durch das endgültige Arbeitsschutzgesetz zufrieden zu geben, zumal mit dessen baldiger Verabschiedung nicht gerechnet werden kann. Es bedarf vielmehr sofortiger gesetzlicher Maßnahmen, um der gegenwärtigen Not zu steuern. Aus diesem Grunde fordern die unterzeichneten Spitzenorganisationen die sofortige Abänderung der geltenden Arbeitszeitbestimmungen im Wege eines Notgesetzes zur Wiederherstellung des Achtstundentages."

Vorbereitungen zur Weltwirtschaftskonferenz.

Die vorbereitenden Arbeiten für die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz sind auf deutscher Seite im wesentlichen abgeschlossen. Ueber Maschinenbau, Elektrotechnik, Chemie und Kali haben die deutschen Fachgruppen dem Völkerbund Denkschriften eingereicht. Zu den vom Völkerbund vorgelegten Arbeiten über die Kohlen-, Eisen- und Stahl-, Schiffswerft- und Baumwollindustrie haben die beteiligten Fachgruppen ergänzende Berichte geliefert. Ueber die ausländische Gesetzgebung auf den Gebieten der Kartelle und Syndikate hat der Vorsitzende des Enqueteausschusses ein Sondergutachten erstattet.

Die Frage der amerikanischen Ausgleichszölle auf deutsche Eisenerzeugnisse.

Washington, 28. Oktober. Nach einer Meldung der „Associated Preß" wird es in Kreisen des amerikanischen Schatzamtes auf Grund des Berichtes der gemischten Kommission für unwahrscheinlich gehalten, daß die Einfuhr von deutschen Stahl- und Walzwerkerzeugnissen erneut mit einem besonderen Ausgleichszoll belegt wird. Der Bericht der gemischten Kommission ist heute hier durch die Zollbehörde veröffentlicht worden.

Weiterer Rückgang der Erwerbslosigkeit in der ersten Oktoberhälfte.

Berlin, 28. Okt. In der Zeit vom 1. bis 15. Oktober 1926 hat sich die Zahl der unterstützten Erwerbslosen weiter vermindert. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist von 1 126 942 auf 1 085 147, die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 267 168 auf 254 047 zurückgegangen. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger hat sich also um rund 54 000 oder 4 Prozent verringert. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützten Familienangehörigen der Erwerbslosen) hat in der gleichen Zeitspanne um rund 47 500 abgenommen und beträgt zur Zeit 1 360 838.

Heye dienstältester General der Reichswehr.

Die Vordatierung des Patentes des zum General der Infanterie ernannten Chefs der Heeresleitung, Heye, ist den Blättern zufolge vorgenommen worden, um ihn zum dienstältesten Offizier der Reichswehr zu machen.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler empfing, wie die Blätter erfahren, heute um 11 Uhr die Führer der Regierungsparteien, um mit ihnen über die Frage der Erwerbslosenunterstützung Fühlung zu nehmen.

Sichtvermerksgebühren im Verhältnis zu Rußland.

Berlin, 27. Oktober. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst auf Grund eines Runderlasses des preußischen Ministers des Innern mitteilt, sind aus Gründen der Gegenseitigkeit für die an Staatsangehörige der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken zu erteilenden Sichtvermerke folgende Gebühren festgesetzt worden: Für die Erteilung eines Sichtvermerkes a) zur einmaligen Ausreise und zur Wiedereinreise nach erfolgter Ausreise 18,60 RM, b) zur einmaligen Aus- und Wiedereinreise ohne Rücksicht auf die Geltungsdauer 13,20 RM.

Sozialdemokratie und Schule.

Von Minister a. D. Prof. Dr Seyfert.

In der am 25. Oktober abgehaltenen, vom Dresdener Lehrergesangverein einberufenen öffentlichen Versammlung haben verschiedene Redner der Sozialdemokratie — Richtung Arzt — sich dessen gerühmt, daß der Schulfortschritt in Sachsen seit 1919 ausschließlich, ja ausschließlich der Sozialdemokratie zu verdanken sei. Sie haben dabei sogar behauptet, die Deutsche Demokratische Partei habe auf diesem Gebiete völlig versagt. Die Uebertreibung, die darin offenbar liegt, mag man ruhig auf das Konto setzen, das jede Partei für die Wahlzeit besonders aufmacht; aber sie streift doch zu stark an die Unwahrheit, daß die Behauptung als solche zurückgewiesen werden muß. Es ist verständlich, daß bei der Vordringlichkeit der wirtschaftlichen und finanziellen Fragen solche Angelegenheiten, wie die der Schule, im Wahlkampf zurücktreten. Dennoch wäre es falsch, sie völlig zu ignorieren. In der Tat spielt sie nämlich in der Agitation eine bedeutende Rolle. Kein Kandidat der Rechtsparteien unterläßt es, darauf hinzuweisen, daß sie für die christliche Volksschule eintreten, daß nur der ein wahrer Christ ist, der für die konfessionelle Schule eintritt. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Entscheidung für eine Schule, die für alle Kinder gemeinsam sein will, auch von ganz anderem Gesichtspunkte aus erfolgen kann, ja erfolgen muß als vom kirchlichen Standpunkt aus. Mit dieser Frage wird sich ja der neue Landtag zu beschäftigen haben. Die Stellung der Demokratischen Partei ist die der Reichsverfassung, daß die für alle gemeinsame Schule die Regel sein soll. Bei den Verhandlungen über die Frage wird sich auch herausstellen, ob sich die Sozialdemokratie streng auf den Boden der Verfassung zu stellen gewillt ist. Die erwähnte Versammlung hat darüber keine rechte Klarheit gebracht. In ihr spielte aber der vom Reichsinnenminister angekündigte Reichsschulgesetzentwurf, den man noch gar nicht kennt, eine große Rolle. Es erscheint mir verfehlt, über ihn zu verhandeln, bevor er authentisch vorliegt. Der frühere Minister Fleißner glaubte nun den Reichsinnenminister und damit die Demokratische Partei angreifen zu müssen, daß sie bereit seien, dem Zentrum Zugeständnisse zu machen. Berührt es schon eigentümlich, daß ein solcher Vorwurf erhoben wird, ohne daß man die Tatsache kennt, so wirkt es doppelt merkwürdig aus dem Munde eines Sozialisten. Denn es ist doch männiglich bekannt, daß das Weimarer Schulkompromiß zustandegekommen ist zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie. Es muß immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Schwierigkeiten nicht vorhanden wären, wenn dieses Kompromiß nicht bestünde. Ich persönlich habe den Verhandlungen selbstverständlich nicht beigewohnt, aber ich bin mit den beteiligten Männern in Weimar dauernd in Fühlung gewesen. Ich denke nicht daran, die ungeheuer schwierige Lage, in der die Sozialdemokratie damals war, irgendwie zu verkennen. Aber das ändert nichts an der Tatsache des Kompromisses. Ich darf ganz ausdrücklich darauf hinweisen, daß ich persönlich bekannten Sozialisten gegenüber, noch ehe das Kompromiß abgeschlossen wurde, die ungeheuer schweren Bedenken geltend gemacht habe, die dem Abschluß des Kompromisses gegenüber bestehen mußten. Wenn man dies auch anerkannte, so sah man doch das Zugeständnis der sogenannten weltlichen Schule für so wertvoll an, so hielt man die gegen die Zerschlagung angeführten Bedenken nicht für so schwerwiegend, daß sie den Abschluß des Kompromisses, das aus politischen Gründen abgeschlossen werden mußte, verhindern konnte. Also kam das Kompromiß zustande zwischen Sozialdemokratie und Zentrum. Es ging darauf aus, daß alle möglichen Schulformen: die Gemeinschaftsschule, die Bekenntnisschule und die weltliche Schule ohne Religionsunterricht als gleichberechtigt nebeneinander angesehen werden sollten. Erst dem Wiedereintritt der Demokraten in die Reichsregierung und ihrem erneuten Eingreifen ist es zu danken, daß endgültig in der Reichsverfassung der für alle gemeinsamen Schule, also der Gemeinschaftsschule, der Charakter der Regelschule gegeben worden ist. Das ist die den Tatsachen entsprechende Darstellung des Verlaufes. Wie man angesichts dieser Sachlage davon reden kann, daß die Demokraten in dieser Frage versagt hätten, ist das Geheimnis der erwähnten Redner. Man wird auf Grund der Reichsverfassung Zugeständnisse an die Konfessionsschule machen müssen. Daß dem so ist, ist eine Folge des zwischen Sozialdemokratie und Zentrum abgeschlossenen Kompromisses. Daran ist nichts zu deuteln. Und wenn die Sozialdemokratie heute als Oppositionspartei gegen solche Zugeständnisse Sturm läuft, so ist das sehr bequem. Hätte sie aber die Verantwortung mit zu er- [illegible]